

Mein Tipp zur Abstimmung am 18. Mai 2003

Vorlage 1

Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (Armee XXI)

Wenn auch die Armeereform nicht in allen Teilen befriedigt, so hat sie den Vorteil, dass sie eine Anpassung an die moderne hochtechnisierte und informatisierte Kriegführung und eine entsprechende Ausbildung vorsieht. Zwar geht dies in Richtung einer Berufsarmee, was im Gegensatz zu unserer bewährten Milizarmee steht. Aber diese, das hat der Konflikt im Irak gezeigt, ist ebenfalls den modernen Kampfmethoden anzupassen. Ich vertraue Bundesrat Samuel Schmid, dass er an der Milizarmee festhält. Er wird in einem zweiten Schritt (auch das hat der Irak gezeigt) die professionalisierte Armee XXI zum Kernstück einer ebenfalls neu zu gestaltenden Milizarmee machen müssen. Diese Milizarmee sollte noch breiter gefasst werden: Jede Schweizerin und jeder Schweizer wären so auszubilden, dass sie sich selber, ihre Familie und das ganze Land, mit der Waffe in der Hand, gegen Angriffe von innen und von aussen verteidigen können.

Ich habe auch deshalb Ja gestimmt, weil die Armeegegner und Friedensapostel in unserem Lande sich bei einem Nein auf die Gelegenheit stürzen würden um die Armee überhaupt abzuschaffen.

Vorlage 2

Ja zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz

Ein Ja zur Armee XXI setzt zwangsläufig ein Ja zu einem revidierten Zivilschutz voraus. Der revidierte Zivilschutz ist wesentliche Voraussetzung zu einem wirksamen Bevölkerungsschutz. Die drei Vorlagen (Armee, Bevölkerungs- und Zivilschutz) bilden ein Ganzes, erlauben als solches mehr Wirksamkeit bei weniger Kosten.

Vorlage 3

Ja zur Volksinitiative für faire Mieten

Die Argumente des Bundesrats gegen diese Initiative vermögen nicht zu überzeugen, weil sie allzu sehr nach Bevorzugung der Hauseigentümer und Vermieter schmecken. Gleich wie bei den Bemühungen um Eigenheime für kleine und mittlere Einkommen, sollte auch im Mietrecht der Akzent mehr auf würdige und preiswerte Mietwohnungen für diese Bevölkerungsgruppe gesetzt werden.

Vorlage 4

Nein zur Volksinitiative für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit

Erstens bringt eine solche limitierte Vorlage inbezug auf eine Entlastung vom Strassen-Verkehr nichts, zweitens würden die schon über Gebühr von den

Rollbrett- und Velofahrern, den Inline-Skater gefährdeten älteren und gebrechlichen MitbürgerInnen noch mehr verunsichert werden.

Vorlage 5

Nein zur Volksinitiative "Gesundheit muss bezahlbar bleiben"

Zahlen müssten einmal mehr die kleinen und mittleren Einkommen des Mittelstandes und der Rentner. Diese werden schon genug in allem und jedem zur Kasse gebeten. Gemäss der Vorlage müssten gerade sie (wegen einem für schwierige Zeiten angelegten etwas höheren Auskommen, dem bekannten „Sparrappen“) mit noch höheren Kassenbeiträgen rechnen. Diese MitbürgerInnen bilden die grosse schweigende Mehrheit in unserem Lande und bei den zahlenmässig nicht ins Gewicht fallenden Millionären würden erhöhte Kassenbeiträge ohnehin nichts bringen.

Vorlage 6

Ja zur Volksinitiative "Gleiche Rechte für Behinderte"

Wer als Behinderter über viele Trottoirs und andere Zugänge, Bahnen und Trams aber auch an vielen anderen Orte herumstolpern und ohne Hilfe anderer auf vieles, was unsere modern Gesellschaft zu bieten hat, verzichten muss, der muss sich mit Recht für unser Land schämen. Bund, Kantone und viele Gemeinden, öffentliche Dienstleistungen (soweit es diese überhaupt noch gibt - siehe die Projekte der Post) und grosse private Unternehmen haben da noch ein grossen Nachholbedarf. Diese Volksinitiative ist aus tiefstem Herzen heraus zu befürworten. Mit grösstem Druck wäre auf einen raschen, umfassenden Vollzug zu drängen. Egal, was es kostet, denn in unserem Lande werden Milliarden noch viel unsinnigerer Weise (zum Beispiel bei der Swissair, Swiss und ähnliches) ausgegeben.

Vorlage 7

Nein zur Volksinitiative „Strom ohne Atom - Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke“

An sich ist nach wie vor die Atomenergie eine, von der Umweltbelastung aus gesehen, sauberere Energie als Kohle, Erdölprodukte, Holzverbrennung u.a.m. Aber bei der Atomenergie liegt der Hacken in der Jahrzehnte, ja Jahrhunderte dauernden Überlebenskraft der in ihr enthaltenen Radioaktivität, die in minimalsten Mengen unkontrolliert freigesetzt für Menschen, Tieren und alles Leben in der Natur unheimliche und nicht wieder gutzumachende Schäden anzurichten vermag. Aus diesem Grund sollte sie so rasch wie nur möglich abgeschafft werden! Der Hacken ist nur, dass es noch keinen Ersatz für die aus ihr erzeugte Elektrizität gibt. Der einzige Weg ist deshalb derjenige eines Baustopps und Begrenzung des Atomrisikos, wie das von der nachfolgenden Volksinitiative verlangt wird.

Vorlage 8

Ja zur Volksinitiative „Moratorium Plus - Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos (Moratorium Plus)“

Mit dem Ja zu dieser Initiative soll den Befürwortern einer unlimitierten Nutzung der Atomenergie eine unmissverständliche Warnung erteilt werden: Die Atomenergien müsse in möglichst kurzer Zeit überall auf der Welt verschwinden; die Schweiz, wenn auch ein kleines Land ohne eigene genügende Energiequellen, habe dabei mit dem guten Beispiel voranzugehen. Das kann sie aber nur tun, wenn wir sofort an die massive Entwicklung der alternativen Energiequellen (Wind, Sonne, Gezeiten usw.) herangehen und so den schrittweise Abbau der Atomkraftwerke ermöglichen.

Vorlage 9

Ja zur Volksinitiative für „ein ausreichendes Berufbildungsangebot (Lehrstelleninitiative)“

Die Schweiz wurde bisher im Ausland um ihr stark ausgebautes Lehrlingswesen und die Bereitschaft der Privatwirtschaft, dabei mitzumachen, beneidet. Seitdem „Financiers“ und nicht mehr wirkliche Unternehmer die meisten grossen aber auch immer mehr mittlere und kleinere Unternehmen beherrschen, es nur darum geht möglichst viel Profite zu machen, ist das Interesse an einem gesunden Lehrlingswesen verloren gegangen. Verständlich, wenn „Profite“-machen nur unter ständigem Druck auf die Kosten (zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit) möglich ist, Kosteneinsparungen am leichtesten bei der menschlichen Arbeit (Ersatz durch informatisierte und robotisierte Produktion) möglich sind, ist das frühere so gesunde Lehrlingswesen auf der Strecke geblieben.

Das muss aufhören! Damit dies aufhört, dafür muss in der Schweiz zentral (also vom Bund) geschaut werden. Bei den Kantonen und Gemeinden, die zu sehr von den Grossunternehmen der „Financiers“ (siehe Kt. Zug) abhängig sind, kann nicht mehr auf eine wirksame Unterstützung des Lehrlingswesens gezählt werden.